

Extreme Trassenpreiserhöhungen im Schienenverkehr

Bund riskiert „zukunfts feste“ Arbeitsplätze und damit die Zukunft des gesamten Schienenverkehrs

Der Bund zieht mit seiner kompromisslosen Haltung dem Schienenverkehr faktisch den Stecker. Er verweigert die für 2027 zugesagte Trassenpreisreform und will sie auf den Sankt Nimmerleinstag verlegen. Diese Haltung gefährdet die Zukunft der Entwicklung des gesamten Schienenverkehrs und hat Auswirkungen auf unsere Arbeitsplätze.

Zuerst trifft es den Nahverkehr auf Deutschlands Schienen. Dem drohen aktuell Nachzahlungen von 400 Millionen Euro für die Trassenpreise 2026. Zusätzliche Trassenpreiserhöhungen für 2027 und 2028 sind da nicht mehr zu verdauen. Erste Verkehrsverbünde bestellen bereits Leistungen im Nahverkehr ab und die Gefahr ist, dass diese Negativspirale weiter Fahrt aufnimmt.

Weitere Reaktionen aus dem Güter- und Fernverkehr werden erwartet und auch das Deutschlandticket wird für alle teurer werden.

Doch diese extremen Trassenpreise sind nicht gottgegeben, sondern Folge jahrzehntelanger politischer Fehlentscheidungen, verbunden mit dem heutigen Unvermögen zu wirksamen, einvernehmlichen Reformen für Deutschland.

Die GDL fordert deshalb von Bund und Ländern:

- **Eine notwendige Trassenpreisreform in 2027** – und die verbindliche Einführung des Grenzkostenprinzips.
- **Sofortmaßnahmen** – um die unvermeidbare Trassenpreiserhöhung zum 1. Januar 2027 abzumildern.
- **Ein runder Tisch** – mit der gesamten Branche zur dauerhaften Lösungsfindung anstehender Probleme.
- **Die InfraGO AG** – kann in dieser Rechtsform nicht gemeinwohlorientiert sein, muss deshalb reformiert werden.

Wir werden weiter politisch Druck machen, damit das Thema Trassenpreise nicht auf dem Rücken der Arbeitsplätze von Eisenbahnern ausgetragen wird!